

Europa 30 Minuten+

#at30eu – 30 Jahre Österreich in Europa

13. Juni, 10-10:45 Uhr

Brigitte Ederer, ehemalige Staatssekretärin für europäische Integration und Entwicklungszusammenarbeit, blickt mit uns auf 30 Jahre Österreich in der EU zurück.

Warum wollte Österreich der Europäischen Union beitreten?

Österreich hat zu dem damaligen Zeitpunkt schon mehrheitlich Handelsverbindungen mit Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR). Es war daher aus handelspolitischen Überlegungen sinnvoll, sich der Europäischen Union (EU) anzuschließen. Weiters war und ist die EU ein großes Friedensprojekt: Die Wirtschaft sollte so eng miteinander verzahnt werden, dass ein Krieg durch eine gemeinsame Wirtschafts- und Handelspolitik unwahrscheinlich wird. Die Initialzündung lag hier bei den deutsch-französischen Verträgen, es gilt aber letztendlich für den gesamten Raum der heutigen Union. Auch die Einführung einer gemeinsamen Währung (Euro) sorgt für ein enges Zusammenwachsen des Wirtschaftsraums. Zum Zeitpunkt der damaligen Verhandlungen war die Perspektive, dass die EU auch militärisch und außenpolitisch zusammenwächst, nicht im Fokus, das hat sich erst im Laufe der Zeit entwickelt.

1

Wie sind die Verhandlungen ursprünglich verlaufen?

Ein wichtiger Verhandlungspunkt war der Transitvertrag. Die Mitgliedstaaten der Union gingen ursprünglich davon aus, dass die vier Freiheiten (Warenverkehr, Personenverkehr, Kapitalverkehr und Dienstleistungsverkehr) uneingeschränkt von Österreich übernommen werden sollten. Ein Limit für Verkehr über den Brenner – das insbesondere in Tirol ein Thema gewesen ist – konnte nur nach zähen Verhandlungen durchgesetzt werden. Weiters war die Landwirtschaft in Österreich stark staatlich reglementiert und geschützt. Es war für die Bäuerinnen und Bauern in Österreich eine enorme Umstellung, ab dem Beitritt mit Weltmarktpreisen konfrontiert zu werden. Als Kompensation für den Preisverfall gab es Agrarsubventionen aus Brüssel. Ein weiterer Punkt in der öffentlichen Debatte war der Beitritt zu Euratom. Hier wurde befürchtet, dass der Beitritt zu diesem Vertrag auch eine Zustimmung zu ziviler und kommerzieller Nutzung von Atomkraft bedeuten würde. Im Westen Österreichs war der Ausländergrunderwerb ein Thema, weil hier befürchtet wurde, dass wohlhabende EU-BürgerInnen das Land aufkaufen würden.

Was hat es mit dem Motto „Besser gemeinsam als einsam“ auf sich?

Hier ging es um die Frage, ob ein Kleinstaat wie Österreich den Herausforderungen des Weltmarktes trotzen kann, indem es sich isoliert. Die damalige Regierung war der Überzeugung, dass die politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen besser gemeinsam gelöst und bearbeitet werden können. Die Vorstellung, wir könnten die Dinge für uns allein regeln, entspricht nicht den realen Bedingungen.

Wie war die damalige Haltung der Bevölkerung?

Insbesondere der Bereich der Landwirtschaft aber auch die Gewerkschaften waren skeptisch, ob der Beitritt mehr Vor- als Nachteile bringt. Auch die FPÖ – unter der damaligen Führung von Jörg Haider – hat gegen den Beitritt eine Kampagne geführt (Stichwort: Blutschokolade). Die Stimmung in der Bevölkerung hat sich erst kurz vor dem Abstimmungstermin gedreht zu einem dann recht eindeutigen Votum für einen Beitritt. Damals war die Zusammenarbeit zwischen SPÖ und ÖVP sehr intensiv und konstruktiv, so wie es seitdem in dieser Qualität zwischen den beiden Parteien nicht mehr gelungen ist.

Was waren die positiven Entwicklungen in den letzten 30 Jahren?

Die Wirtschaft hat enorm vom Beitritt profitiert und konnte sich gut weiterentwickeln. Auch für Konsumentinnen und Konsumenten hat der Beitritt bedeutet, dass Preise von Konsumgütern reduziert worden sind. Österreich konnte von der wirtschaftlichen Dynamik dieser Zeit profitieren und war in weiterer Folge auch erfolgreiche Brücke für die weitere Erweiterung der EU in den Osten. Auch als es 2008 die Finanzkrise gab, konnte die entschlossene und gemeinsame Reaktion der EU die schlimmsten Auswirkungen abfedern bzw. abwenden.

Welche Herausforderungen gab es?

Die Situation hat sich eindeutig geändert. Die EU steht stark unter Druck, einerseits aus den USA und China durch deren jeweilige protektionistische Handelspolitik, andererseits aber auch durch die aktuellen Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten. Hier sieht man leider, dass die EU immer noch eine Summe aus Einzelstaaten und Einzelinteressen bildet und noch keine gemeinsame Stimme gefunden hat (Handelsblatt Überschrift „USA, China und 27 Zwerge“).

2

Welche Auswirkungen werden die Ergebnisse der EU-Wahl 2024 haben?

Sorge bereitet der Umstand, dass die Sehnsucht nach nationalstaatlicher Souveränität wieder so groß geworden ist. Die Idee, dass man Probleme besser für sich und allein lösen könnte, ist wieder gefährlich populär geworden. Es wäre – ganz im Gegenteil dazu – dringend notwendig, als Europa mit einer Stimme aufzutreten. Im Moment gibt es im Europaparlament noch eine Mehrheit der Mitte, aber diese ist geschrumpft und man wird das in naher Zukunft wohl v.a. in Bezug auf „grüne“ Politik der EU auch merken.

Fragen aus dem Publikum:

Warum haben bei der Wahl besonders „rechte“ Parteien gewonnen?

In Europa gibt es unterschiedlichste Interessen, die auf einen Nenner gebracht werden müssen. Den rechten Parteien gelingt es gut den Menschen zu suggerieren, dass man es auch gut nationalstaatlich bewältigen kann. Hier werden Realitäten ausgeblendet. Z.B. beim Thema Migration: Ohne Zuwanderung wird der Pflegebereich in sich zusammenbrechen. Natürlich müssen in der Koordinierung Kompromisse gefunden werden und es ist auch klar, dass diese Verhandlungen mühsam sind. In unserer Gegenwart können Probleme aber nur international und gemeinsam gelöst werden.

Führt eine Erweiterung der EU dazu, dass der Stellenwert von Europa besser wird?

Die Quantität ist weniger relevant als die Qualität der europäischen Koordination. Die Anzahl der einzelnen Staaten ist dabei nicht wichtig. Wichtig wäre es hingegen, dass Europa es auf der Weltbühne schaffen würde, als eine Stimme wahrgenommen zu werden. Dann hätte die Stimme aus Europa eindeutig mehr Gewicht, als dies derzeit der Fall ist. Man hat insbesondere den Balkan-Ländern schon lange in Aussicht gestellt, Mitglied zu werden. Hier könnte man etwas schneller agieren. Aber weitere Aufnahmen würde bedeuten, dass die EU sich organisatorisch neu aufstellen müsste. Man könnte nicht mehr so stark auf das Einstimmigkeitsprinzip setzen, auch die Anzahl der Kommissare müsste man überdenken. Bei der Ukraine kann es gut zu einer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit kommen, aber ein Beitritt erscheint zu früh. Gerade im Agrarbereich muss man hier aufpassen. Das kann nicht so schnell gelöst werden. (siehe polnische Bauern, etc.) Man sollte keine Versprechungen machen, die man nicht halten kann.

Ich habe die FPÖ gewählt, weil mir das Wahlprogramm am besten zugesprochen hat. Würden Sie sagen, dass diese Entscheidung moralisch verwerflich gewesen ist?

Die EU-Wahl ist eine demokratische Wahl gewesen, da gibt es keine moralische Verwerflichkeit. Es wäre spannend, was an dem Wahlprogramm gefallen hat, dies müsste aber ausführlicher besprochen werden.

Was halten Sie von einer europäischen Armee?

Es wäre sinnvoll, hier Schritt für Schritt weiterzumachen. Der wichtigste Schritt wäre zunächst, die Einkäufe der nationalen Armeen zu vereinheitlichen. Es gibt in jedem Land unterschiedliche Modelle von Waffengattungen. Für jeden Panzer, für jedes Flugzeug braucht es eingeschulte SpezialistInnen. Bevor man dazu übergeht, von einer gemeinsamen Armee zu sprechen, wäre es wichtiger, die Standards zu vereinheitlichen und technisch eine gemeinsame Arbeit erst einmal zu ermöglichen. Man sieht gerade beim Krieg in der Ukraine, welche logistischen Herausforderungen der europäische Fleckerlteppich bedeutet.

Wie beurteilen Sie die Entscheidung von Emanuel Macron, in Frankreich jetzt Neuwahlen auszurufen?

Das ist sehr riskant. Macron setzt wohl auf einen Zusammenschluss der Anti-Le-Pan-Fraktion. Die französischen Konservativen lösen sich gerade auch auf. Aber der Weg ist sehr risikoreich. Gerade, wenn das Kalkül nicht aufgeht, hat das Ergebnis und die neue Regierung großen Einfluss auf die europäische Politik. Ein Hoffnungsschimmer liegt im Selbstverständnis der nationalistischen Parteien. Am Ende denken sie an die Vorteile für das eigene Lager, sie haben kein Interesse an einem wechselseitigen Wohlergehen. Insofern werden ihre Bündnisse wohl fragil bleiben und schnell wieder zerfallen. Ein Beispiel: Im Verhältnis zur Ukraine haben Orban und Meloni komplett konträre Ansichten.

Was halten Sie von den neu eingeführten Zöllen auf E-Autos aus China?

China muss spüren, dass es nicht unfair spielen kann. Die Produkte der chinesischen Automobilindustrie werden stark subventioniert mit dem Ziel, ausländische Märkte zu ruinieren. China hat das bei den Solarpaneelen schon geschafft und probiert dies jetzt auch beim Automobilmarkt. Dieser Industriezweig ist für Europa aber zu relevant, um hier (nochmals) das Feld ohne Contra zu überlassen. Insofern sind die Zölle schon gerechtfertigt. Die großen europäischen Automobilbauer haben jetzt aber Sorge, dass Vergeltungsmaßnahmen aus China sie unmittelbar treffen könnten, daher sind sie größtenteils gegen diese Entscheidung.

Ist die Neutralität von Österreich noch relevant?

Seit 1995 hat sich natürlich einiges geändert. Bei den damaligen Beitrittsverhandlungen waren wir in enger Abstimmung mit Schweden und Finnland, die damals ebenso über den EU-Beitritt verhandelt haben. Hier gab es die einhellige Meinung, dass die Neutralität/Bündnisfreiheit außer Frage steht. Jetzt sind beide Länder Mitglieder der NATO. Die geopolitische Situation kann vieles verändern. Für Österreich stellt sich die Frage aber derzeit wohl nicht, sinnvoller wäre es, die Neutralität dafür zu nutzen, eine aktivere Friedenspolitik betreiben zu können. Warum findet eine Konferenz zum Ukraine Krieg jetzt in der Schweiz statt und nicht in Österreich?

Die Rechtstaatlichkeit ist ein wichtiges Kriterium bei den Beitrittsverhandlungen. Haben Sie das Gefühl, dass das „Rule of Law“-Prinzip nach der Aufnahme eines Staates zur EU ausreichend verteidigt wird? War die Kommission gegenüber Polen und Ungarn streng genug?

Die neue Regierung in Polen wird das wieder richtig machen. Bei Ungarn fehlt derzeit ein wenig das Bewusstsein, die europäische Idee hier ausreichend zu berücksichtigen. Man bekommt das Gefühl, dass von der derzeitigen Regierung in Budapest die EU als Bankomat betrachtet wird.

Soll es zukünftig europäische KandidatInnen bei der EU-Wahl geben?

Das wäre sinnvoll. Leider ist es derzeit sehr schwer für Europaabgeordnete überhaupt mediale Aufmerksamkeit zu bekommen. Hier kommen die Medien leider ihrer Aufgabe nicht richtig nach. Man müsste die EU-Politik als eine weitere Form der Innenpolitik betrachten und auch entsprechend darüber berichten. Erst wenn diese Öffentlichkeit generiert ist, wird es auch möglich sein, nicht-national-gebundene KandidatInnen bei einer Wahl ins Rennen zu schicken.

Leider ist es auch bis jetzt nicht gelungen ein gesamteuropäisches Bewusstsein zu schaffen. Die nationalen Minister fahren nach Brüssel und je nach Verhandlungsergebnis „hat man sich durchgesetzt“ oder „muss man jetzt leider beschlossene Vorgaben erfüllen“. Man versteckt sich hinter dem Ergebnis einer Entscheidung, die man selbst mitverhandelt hat und schiebt den Fehler auf Brüssel. Solange diese Mentalität vorherrscht, wird sich keine „europäische“ Innenpolitik etablieren.

Wie stehen Sie zu der Haltung von Europa zum Krieg im Nahen Osten?

Diese Frage ist sehr schwierig, sie kann auch nicht zufriedenstellend beantwortet werden. Die Zwei-Staaten-Lösung scheint zunehmend außer Reichweite zu geraten und der derzeit oft gehörte Ruf nach einer föderalen Ein-Staaten-Lösung wirkt zumindest derzeit nicht realistisch. Wie soll das Zusammenleben nach diesem vielen Leid auf beiden Seiten funktionieren? Österreich könnte hier als neutrales Land vielleicht eine Plattform für Verhandlungen anbieten. Zumindest eine Waffenruhe und ein Ende des Tötens sollten zustande gebracht werden. Das wäre der erste notwendige Schritt zu einer möglichen Lösung.